

SPD AXEL ECHEVERRIA



LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,
LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die großen Ferien sind vorbei und auch die parlamentarische Sommerpause neigt sich langsam dem Ende zu. Pause heißt in diesem Fall, dass der Sitzungsbetrieb im Bundestag ruht. Für mich heißt das, dass ich meine Wahlkreisarbeit noch intensiver ausüben konnte. So konnte ich viele spannende Begegnungen machen und gute Gespräche führen. Ein Highlight war sicherlich der Besuch unseres Bundesarbeitsministers Hubertus Heil in Wetter und Witten. Hier hat Hubertus das Versprechen an mich eingelöst, mich in meinem Wahlkreis zu besuchen.

Ebenfalls einen Besuch hat mir mein Fraktionskollege Martin Kröber abgestattet. Als Mitglied für die SPD im Verkehrsausschuss ist er Experte auf diesem Gebiet. Daher hat er am 1. Juni - genau einen Monat nach Einführung des 49-Euro-Tickets - über dieses Ticket informiert und eine Bilanz gezogen.

Auch ich möchte in diesem Newsletter eine weitere Bilanz ziehen und einiges von dem, was wir als Regierungspartei erreicht haben aufführen. Hier wird schnell deutlich: Anders als es das mediale Bild vermuten lässt, ist die Ampel-Regierung nicht nur handlungsfähig, sie ist auch überaus aktiv und hat bereits jetzt viele Themenfelder angepackt.

Ich hoffe, dass Ihr alle gut durch den Sommer gekommen seid, und wünsche euch viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters. Wie immer stehen mein Team und ich für Fragen, Lob und Kritik bereit.

Glück Auf!

*Echev
Axel*

BETRIEBS- UND PERSONALRÄTE ZU GAST IN BERLIN



Am 22. Mai fand die jährliche Betriebsrätekonferenz der SPD Bundestagsfraktion statt. Auf meine Einladung hin waren aus meinem Wahlkreis auch Kolleg:innen aus dem Personalrat der Stadt Witten und aus dem Betriebsrat der Deutschen Post (Niederlassung Essen/Hagen) mit von der Partie.

Wir brauchen mehr und stärkere Interessenvertretungen! Nur wenn die Gewerkschaften und ihre Mitglieder mit am Tisch sitzen, können wir die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam und solidarisch meistern.



SPD AXEL ECHEVERRIA

BUNDESARBEITSMINISTER HUBERTUS HEIL BESUCHT WETTER UND WITTEN



Ich freue mich, dass der Bundesarbeitsminister Hubertus Heil sein Versprechen eingehalten hat und an gleich zwei Tagen, dem 10. und dem 11. Juli, in meinem Wahlkreis zu Gast war. Am ersten Tag haben wir zusammen das Familienunternehmen Bleistahl in Wetter besucht. Am Folgetag stand dann eine Besichtigung der Deutschen Edelstahlwerke in Witten auf unserem Plan. Im Zentrum stand die Transformation des Arbeitsmarkts, die in beiden Industriebetrieben bereits in Angriff genommen wurde.



Die Welt verändert sich. Auch unsere Industrie muss hier mitgehen, wenn sie auch in der Zukunft noch Bestand haben will. Sei es durch Innovation und gut gemachte Qualifikation oder durch Anpassung an klimagerechte Produktionsmethoden. Stahl und Stahlprodukte haben auch in den kommenden Jahrzehnten sicher noch eine Zukunft. Wichtig ist, dass wir die Transformation gemeinsam angehen. Hiervon konnte sich Hubertus Heil ein gutes Bild machen.

49-EURO-TICKET: EINE ERSTE BILANZ

Ich freue mich, dass ich am 1. Juni meinen Fraktionskollegen Martin Kröber aus Magdeburg bei mir als Gast begrüßen durfte. Martin sitzt für die SPD-Fraktion im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestags. Als Verkehrsexperte meiner Fraktion hat er maßgeblich am 49-Euro-Ticket mitgewirkt.



Genau einen Monat nach Einführung dieses neuen Fahrscheins habe ich unter dem Titel „Ein Monat Deutschlandticket – Wir ziehen Bilanz!“ in mein Wittener Wahlkreisbüro eingeladen. Martin stand dabei nicht nur mir, sondern auch zahlreichen Bürger:innen Rede und Antwort.

Er klärte darüber auf, wie es dazu kam, dass der Bund überhaupt Einfluss auf den ÖPNV nehmen konnte, da dies eigentlich Ländersache sei. Gemeinsam mit drei Koalitionspartnern und 16 Bundesländern mussten ziemlich viele, teils auseinandergehende, Vorstellungen unter einen Hut gebracht werden. Als SPD konnten wir uns mit dem Preis von 49 € durchsetzen, obwohl FDP und Grüne hier mit 69 € einen weitaus höheren Beitrag forderten. Es ist kein Geheimnis, dass ich mich generell für einen niedrigeren Preis von 29 € eingesetzt habe.

Einige Bundesländer bieten für Studierende oder Leistungsbezieher einen Rabatt an. Martin und ich sind uns einig, dass wir eine solche Vergünstigung deutschlandweit brauchen. Deswegen werden wir auch in Zukunft jede Gelegenheit nutzen, die sich uns bietet, hier nachzubessern.



SPD AXEL ECHEVERRIA

WENN DER ABGEORDNETE DAS PAKET VORBEIBRINGT: EINE WOCHE PRAKTIKUM BEI DER DEUTSCHEN POST

Anfang August habe ich gemeinsam mit meinem Fraktionskollegen Axel Schäfer aus Bochum ein mehrtägiges Betriebspraktikum bei der Deutschen Post absolviert. Dabei war ich auch an zwei Tagen bei der Zustellung in Witten im Einsatz. An den anderen Tagen war ich in Bochum, wo ich unter anderem die Abläufe in einem Zustellstützpunkt kennenlernen und in der Paketabfertigung mitarbeiten durfte.

Ich freue mich, dass ich als Abgeordneter Einblicke aus erster Hand gewinnen konnte. Dies hat in diesem Jahr, insbesondere vor dem Hintergrund der anstehenden Reform des Postgesetzes, für mich einen hohen Stellenwert. Es gilt hier eine Weichenstellung zutreffen, die weiterhin eine sozial verantwortungsbewusste und ökologisch immer nachhaltigere Zustellung ermöglicht, die aber auch zukünftig wirtschaftlich tragfähig sein muss.

Wichtig war auch der Austausch mit den Kolleg:innen vor Ort im Betrieb. Deren Erfahrungen und Sichtweisen sind mir immer sehr wichtig. Daher werde ich im Nachgang an das Praktikum auch Vertreter:innen von Gewerkschaften treffen.



Insgesamt hat mir das Praktikum sehr viel Freude bereitet, denn schon als kleiner Junge wollte ich Postbote werden. Insofern hat sich ein Kindheitstraum von mir erfüllt. Aber auch für meine Arbeit als Bundestagsabgeordneter nehme ich viele Eindrücke und Informationen mit. Von der Vorarbeit in den Zustellstützpunkten bis hin zur Auslieferung steckt hier im wahrsten Wortsinne viel Logistik hinter.



SPD AXEL ECHEVERRIA

WIR LIEFERN! – DIE ERFOLGE DER SPD!

„Mehr Fortschritt wagen“ – mit dem Ziel hat sich die SPD-geführte Ampelregierung im Dezember 2021 an die Arbeit gemacht, um das Leben der Menschen in Deutschland zu verbessern. Dabei erleben wir seitdem eine Multi-Krisen-Situation: die Corona-Pandemie, der Klimawandel und vor allem Russlands brutaler Angriffskrieg gegen die Ukraine haben uns alle vor besondere Herausforderungen gestellt. Es ist auch kein Geheimnis, dass viele öffentlich ausgetragene Streitigkeiten unserer beiden Koalitionspartner das Regieren nicht leichter machen.

Dennoch herrscht kein Stillstand und ich kann zu Recht sagen: „Wir liefern!“ Unter diesem Motto möchte ich Euch hier einige Erfolge aufzeigen, die die SPD auf den Weg gebracht hat.



Wer mich kennt, weiß, dass ich mich sicher nicht mit allem erreichten zufrieden gebe. An der einen oder anderen Stelle hätte ich mir gerne noch mehr Fortschritt gewünscht. Deshalb setze ich mich auch weiterhin mit Elan und vollem Engagement für eine gerechte und soziale Politik ein. Trotzdem kann sich die Halbjahresbilanz der SPD-Regierung sehen lassen: Egal ob 49-Euro-Ticket, mehr Wohngeld oder die Streichung des §219a StGB - es geht voran. Und das ist auch gut so!

Das Bürgergeld: mehr Respekt, Chancen und Sicherheit

Mit dem Bürgergeld lassen wir Hartz IV hinter uns. Die Karenzzeit für Wohnen und Vermögen in den ersten zwei Jahren sorgt nun dafür, dass das Lebensumfeld erhalten bleiben kann.

Wir liefern!

Das neue Bürgergeld

Weil Sicherheit und Chancen zusammengehören.

Die Regelsätze wurden deutlich erhöht, außerdem wird die Inflation künftig zeitnah berücksichtigt. Durch bessere Aus- und Weiterbildung bringen wir Menschen nun gezielter in Arbeit. Mit einem Coaching-Angebot und der Entfristung des sozialen Arbeitsmarktes unterstützen wir diejenigen, die es besonders schwer haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Seit dem 1. Juli 2023 steht außerdem das Weiterbildungsgeld von 150 Euro monatlich zur Verfügung und es gibt höhere Freibeträge bei Hinzuverdienst und der Kooperationsplan für mehr Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Mehr Geld für Familien

Wir sorgen für mehr gesellschaftliche Teilhabe und finanzielle Sicherheit für Kinder und Familien. Zum 1. Januar 2023 haben wir das Kindergeld auf 250 Euro pro Kind angehoben. Auch der einkommensabhängige Kinderzuschlag ist für Familien mit geringem Einkommen auf bis zu 250 Euro monatlich angestiegen. Der nächste große Schritt ist dann die Kindergrundsicherung, mit der wir familienpolitische Leistungen bündeln und so Kinderarmut wirksam bekämpfen wollen.

Wir liefern!

Mehr Geld für Familien

Weil Kinder unsere Zukunft sind.

Mehr Rente bundesweit: gleicher Rentenwert in Ost und West

Die Renten sind zum 1. Juli 2023 um 4,39 Prozent im Westen und um 5,86 Prozent im Osten gestiegen. Durch die kräftigen Rentenerhöhungen 2022 und 2023 wird die Rentenangleichung Ost ein Jahr früher erreicht als geplant – damit gilt nun ein gleicher Rentenwert in Ost und West. Mit dem Härtefallfonds hat der Bund darüber hinaus eine Stiftung zur Abmilderung von Härtefällen aus der Ost-West-Rentenüberleitung, für jüdische Kontingen-Geflüchtete und jüdische Zuwander:innen aus der ehemaligen Sowjetunion sowie für Spätaussiedler:innen eingerichtet. Die Betroffenen können bis 30. September 2023 einen Antrag auf eine Einmalzahlung von 2.5000 Euro stellen. Seit Ende Juni werden die ersten Leistungen ausgezahlt.

Das Wohngeld-Plus: höheres Wohngeld für mehr Menschen

Wir liefern!

Mehr Wohngeld

Weil Wohnen nicht arm machen darf.

Seit dem 1. Januar 2023 haben mehr Personen Anspruch auf Wohngeld – bis zu zwei Millionen Haushalte statt wie zuvor 600.000. Eine Heizkosten- und Klimakomponente wird dauerhaft ins Wohngeld integriert. Durchschnittlich steigt das Wohngeld um rund 190 Euro pro Monat. Das bedeutet mehr als eine Verdoppelung. Mit dem Wohngeld-Plus helfen wir also genau dort, wo Hilfe gebraucht wird – bei den Miet- und Nebenkosten. Denn für viele Haushalte mit niedrigem Einkommen sind die Wohnkosten deutlich zu hoch.

Auf der nächsten Seite geht's weiter!



SPD AXEL ECHEVERRIA

Fortsetzung: WIR LIEFERN!
– DIE ERFOLGE DER SPD!

Das Deutschlandticket ist da

Grünes Licht für einen günstigen öffentlichen Nahverkehr: Seit dem 1. Mai 2023 gibt es das Deutschlandticket, die deutschlandweite ÖPNV- und Regio-Flat für 49 Euro im Monat. Mit dem Ticket können Busse und Bahnen im gesamten Nah- und Regionalverkehr in Deutschland genutzt werden. Das Deutschlandticket revolutioniert den öffentlichen Nahverkehr. Mobilität wird nachhaltiger und für viele Menschen bezahlbarer. Es ist eine wichtige Entlastung für viele Pendler:innen und ein wegweisender Baustein der Mobilitätswende.

Wir liefern!

Deutschland-Ticket

Weil Mobilität für alle bezahlbar sein muss.

Recht auf Ausbildung eingeführt

Wir unterstützen junge Menschen dabei, eine Ausbildung zu finden. Dazu führen wir Berufsorientierungspraktika ein und übernehmen Fahrtkosten – auch für Heimfahrten, wenn die Ausbildung in einer anderen Region absolviert wird. Neu ist auch eine Ausbildungsplatzgarantie für junge Menschen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden und in einer Region mit zu wenig Ausbildungsplätzen wohnen. Sie haben künftig einen Rechtsanspruch auf eine außerbetriebliche Ausbildung.

Wir liefern!

Recht auf Ausbildung

Weil uns Deine Zukunft wichtig ist.

Mit dem Deutschlandtempo schneller voran

Wir wollen Deutschland modern und zukunftssicher machen. Dafür müssen wir schneller werden – bei der Energiewende, beim Bauen und bei der Infrastruktur. Insbesondere Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen deutlich beschleunigt werden, damit beispielsweise Windräder schneller an den Start gehen können. Ausbau und Nutzung von erneuerbaren Energien haben künftig Vorrang. Wird bei ausgewählten Projekten beim Straßen- und Schienenbau das überragende öffentliche Interesse festgestellt, kann auch hier zügiger gebaut werden. Stauschwerpunkte und Engstellen können dann schneller beseitigt werden. Wir brauchen mehr Wohnungen und müssen schneller bauen, deshalb haben wir die Verfahren durch die Vermeidung von Doppelprüfungen und kürzere Genehmigungsfristen auf kommunaler Ebene gestrafft. Zudem werden wir mehr Prozesse digitalisieren: Die Digitalisierung im Bauleitplanverfahren – zum Beispiel die digitale Veröffentlichung von Planentwürfen – bringt eine erhebliche Beschleunigung beim Wohnungsbau.

Aus- und Weiterbildung gestärkt und Fachkräfte für Deutschland

Für viele Betriebe ist der Fachkräftemangel aktuell die größte Herausforderung. Auch der Arbeitsmarkt verändert sich: Einige Berufe fallen weg, andere entstehen. Deshalb brauchen wir ein Aus- und Weiterbildungssystem auf der Höhe der Zeit, um inländische Potenziale zu heben. Dazu vereinfachen wir die Weiterbildungsförderung und öffnen sie für alle Betriebe. Die Fördersatzte werden auf die maximale Höhe festgeschrieben.

Zudem führen wir ein Qualifizierungsgeld ein. Damit ermöglichen wir Beschäftigten in Betrieben im Strukturwandel, sich zu Fachkräften weiterzuentwickeln. Während der Weiterbildung tragen die Betriebe die Weiterbildungskosten, und die Beschäftigten erhalten das Qualifizierungsgeld als Lohnersatzleistung.

Wir liefern!

Mehr Fachkräfte

Weil wir auf Weiterbildung und qualifizierte Einwanderung angewiesen sind.

Mit der Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes haben wir nun eines der modernsten Einwanderungsmodelle weltweit. Wir eröffnen Menschen aus Ländern außerhalb der EU wesentlich mehr Möglichkeiten, in Deutschland zu arbeiten, und verbessern nachhaltige Einwanderung und Integration von Fach- und Arbeitskräften. Die Erwerbseinwanderung soll künftig auf drei Säulen basieren: Qualifikation, Erfahrung und Potenzial.

Wir vereinfachen die Anerkennung für Abschlüsse, und eine Chancenkarte schafft mehr Möglichkeiten, zur Arbeitsplatzsuche nach Deutschland zu kommen. Die Trennung von Asyl- und Erwerbsmigration bleibt für uns wichtig. Es wird keine Aufweichung bei der Tarifbindung und den sozialen Standards und keine generelle Öffnung für Leiharbeit geben.

Auch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts gehört zum Paradigmenwechsel in der Migrations- und Integrationspolitik. Dies werden wir im zweiten Halbjahr 2023 auf den Weg bringen.

Sanktionenrecht reformiert

Wir haben das Sanktionenrecht reformiert: Die Dauer der Ersatzfreiheitsstrafen wird halbiert und „geschlechtsspezifische“ und „gegen die sexuelle Orientierung gerichtete“ Tatmotive führen zu höheren Strafen.

Auf der nächsten Seite geht's weiter!





SPD AXEL ECHEVERRIA

Fortsetzung: WIR LIEFERN! – DIE ERFOLGE DER SPD!

Ersatzfreiheitsstrafen werden verhängt, wenn Geldstrafen nicht bezahlt werden. Mit der Halbierung bringen wir eine sinnvolle Entlastung auf den Weg, denn Ersatzfreiheitsstrafen sind teuer und bringen Menschen auch bei geringen Delikten in Haft.

Hasskriminalität gegen Frauen und queere Menschen richtet sich gegen die Grundwerte unserer Gesellschaft. Deswegen müssen diese Tatmotive zu höheren Strafen führen. Patriarchale Besitzansprüche und Vorstellungen von einer Ungleichwertigkeit der Geschlechter werden künftig bei der Feststellung von niedrigen Beweggründen berücksichtigt.

§219a gestrichen

Wir haben den Paragraphen 219a aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. Ärzt:innen können jetzt über Schwangerschaftsabbrüche informieren, ohne eine Strafverfolgung befürchten zu müssen. Damit haben Frauen einen freien und sachgerechten Zugang zu medizinischen Informationen über diesen Eingriff. Das ist wichtig, damit Frauen und Schwangere selbstbestimmte Entscheidungen treffen können. Zudem werden rückwirkend alle strafgerichtlichen Urteile aufgehoben, die seit dem 3. Oktober 1990 wegen Werbung für den Schwangerschaftsabbruch ausgesprochen wurden.

Wir liefern!

§ 219a gestrichen!

Weil wir die Selbstbestimmung von Frauen stärken.

Die Streichung des Paragraphen 219a StGB modernisiert unseren Rechtsstaat hin zu unserer gesellschaftlichen Realität und zu mehr Selbstbestimmung. Der Paragraph ist ein Relikt aus der Zeit der Weimarer Republik, der in der NS-Zeit umgesetzt wurde.

Tierhaltung besser kennzeichnen

Wir haben eine Tierhaltungskennzeichnung für Schweinefrischfleisch im Lebensmitteleinzelhandel beschlossen. Verbraucher:innen können so klar erkennen, wie ein Tier gehalten wurde und diese Information bei ihren Kaufentscheidungen berücksichtigen. Noch in diesem Jahr wird das Tierhaltungskennzeichnungsgesetz um verarbeitete Produkte sowie Außer-Haus-Verpflegung und Gastronomie erweitert und der komplette Lebenszyklus der Schweine aufgenommen. Weitere Tierarten wie z.B. Milchkühe, Mastbullen oder Geflügel folgen ab 2024.

Hinweisgeber:innen schützen

Menschen, die den Mut haben, auf Missstände hinzuweisen, leisten einen wichtigen Beitrag für die Allgemeinheit, sei es in der Politik oder in der Wirtschaft. Nur so können sich Dinge verbessern. Jedoch brauchen diese Personen mehr Schutz, damit sie sich überhaupt melden. Diesen erhalten sie nun mit den neu geschaffenen Regelungen zum Hinweisgeberschutz. Uns ist dabei wichtig, dass das Gesetz einen sehr weiten Anwendungsbereich hat und Arbeitnehmer:innen, die Missstände in ihren Betrieben aufdecken, umfassend vor Repressalien schützt.

Mehr Geld für Kinderheilkunde und Geburtshilfe

Wir investieren 2023 und 2024 pro Jahr knapp eine Milliarde Euro mehr in Kinderheilkunde und Geburtshilfe. Das derzeitige System der Krankenhausfinanzierung führt dazu, dass Kinderheilkunde und Geburtshilfe in immer weniger Krankenhäusern angeboten werden. Die Zahl der Patient:innen ist jedoch gestiegen. Mit den zusätzlichen Mitteln schaffen wir hier schnell Abhilfe. Danach greift die Krankenhausreform, die den wirtschaftlichen Druck in allen Krankenhausabteilungen senken und die Qualität der Behandlungen verbessern soll.

Verkleinerung des Bundestages

Endlich ist es geschafft: Wir haben das Wahlrecht reformiert. Ab der nächsten Bundestagswahl wird es dauerhaft nur

noch 630 Abgeordnete im Deutschen Bundestag geben. Ausgleichs- und Überhangmandate und die Direktmandatsklausel fallen weg. Ausschlaggebend ist alleine das Zweitstimmenergebnis. Die Fünf-Prozent-Klausel bleibt. Damit haben wir eine faire, transparente und effektive Reform des Wahlrechts umgesetzt und sichern die Arbeits- und Kontrollfähigkeit des Parlaments. Wir zeigen: Wir können Reform – auch und gerade, wenn sie uns selbst betrifft.

Wärmewende sozial gestalten

Im Gebäudesektor wird immer noch sehr viel fossile Energie verbraucht. Deshalb brauchen wir auch dort klimafreundliche Lösungen. Ein wichtiger Schritt ist die Reform des Gebäudeenergiegesetzes, die wir im September im Bundestag beschließen werden. Uns ist es wichtig, beim Klimaschutz alle mitzunehmen und niemanden zu überfordern. Wir werden eine verpflichtende und flächendeckende kommunale Wärmeplanung einführen, die bis 2026 für große und bis 2028 für kleinere Kommunen vorliegen muss.

Wir liefern!

Sozialer Klimaschutz

Weil wir nur klimaneutral werden, wenn alle mitmachen können.

Damit viele Menschen sich einen Heizungstausch leisten können, werden wir den Umstieg in der Breite der Gesellschaft unterstützen. Wir werden den Einbau klimafreundlicher Heizungen mit bis zu 70 Prozent der Investitionskosten fördern. Auch werden wir dafür sorgen, dass Mieter:innen nicht über Gebühr belastet werden: Beim Heizungstausch darf die Miete um höchstens 50 Cent pro Quadratmeter steigen.

Auf der nächsten Seite geht's weiter!





SPD AXEL ECHEVERRIA

**Fortsetzung: WIR LIEFERN!
– DIE ERFOLGE DER SPD!**

Demokratieförderung langfristig absichern

Der größte Feind unserer Demokratie steht rechts – das haben nicht zuletzt die Anschläge in Halle 2019 und in Hanau 2020 auf furchtbare Weise gezeigt. Mit dem Demokratiefördergesetz schaffen wir erstmals eine gesetzliche Grundlage, um zivilgesellschaftliches Engagement für unsere Demokratie dauerhaft zu stärken und zu fördern. Dabei geht es um Prävention jeglicher Form des Extremismus, indem wir die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Vereinen, Verbänden und Projekten langfristig absichern und wissenschaftlich begleiten. Wir wollen dieses wichtige Vorhaben zügig abschließen.

Verbesserte Versorgung mit Kinderarzneimitteln

Fiebersaft, Antibiotika und andere Medikamente waren in Apotheken zuletzt oft Mangelware. Wir steuern dagegen,

indem wir die Preisregeln für Kinderarzneimittel lockern und Festbeträge sowie Rabattverträge abschaffen. Durch Anreize sorgen wir dafür, dass genug Medikamente verfügbar sind. Pharmaunternehmen können ihre Abgabepreise einmalig um bis zu 50 Prozent erhöhen, die Krankenkassen tragen die Mehrkosten. In Ausschreibungen müssen insbesondere in der EU hergestellte Antibiotika und andere versorgungskritische Arzneimittel berücksichtigt werden. Um drohende Lieferengpässe frühzeitig zu erkennen, führen wir ein Frühwarnsystem ein.

Mehr Chancen für Menschen mit Behinderung

In einer inklusiven Gesellschaft sollte der Arbeitsmarkt allen Menschen gleichermaßen offen stehen. Zu viele Unternehmen drücken sich trotz Beschäftigungspflicht davor, Menschen mit Behinderung einzustellen. Deshalb haben wir die Ausgleichsabgabe erhöht, die Arbeitgeber zahlen müssen, die keine schwerbehinderten Menschen beschäftigen. Die Einnah-

men investieren wir vollständig in die Beschäftigungsförderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt und erhöhen den Lohnkostenzuschuss, den Unternehmen erhalten, wenn sie Menschen mit Behinderung beschäftigen.

Pflegende Angehörige entlasten

Zum 1. Januar 2024 erhöhen wir Pflegegeld und Pflegesachleistungen. Außerdem kann, wer Angehörige pflegt, künftig jährlich für bis zu zehn Arbeitstage je pflegebedürftiger Person das Pflegeunterstützungsgeld in Anspruch nehmen. Ab 1. Juli 2025 führen wir ein Entlastungsbudget für pflegende Angehörige ein, also einen gemeinsamen Jahresbetrag für Verhinderungs- und Kurzzeitpflege. Damit können Pflegeleistungen flexibler abgerufen werden. Für Eltern von Kindern und Jugendlichen unter 25 Jahren mit einer schweren Behinderung gilt dies bereits ab 2024. Außerdem stabilisieren wir die Pflegeversicherung, indem wir die Beiträge moderat erhöhen. Familien mit mehr als zwei Kindern zahlen künftig aber weniger als zuvor.

BÜRGER:INNEN AUS MEINEM WAHLKREIS ERKUNDEN BERLIN



Anfang Juni haben 50 Bürger:innen aus meinem Wahlkreis auf meine Einladung hin Berlin besucht. Natürlich habe ich es mir nicht nehmen lassen, auch nach Berlin zu reisen, um im Rahmen dieser politischen Bildungsfahrt, die durch das Bundespresseamt organisiert wurde, auch einen Teil des Programms mitzumachen. Neben einem Besuch des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und der Willy-Brandt-Stiftung habe ich mich besonders gefreut, die Gruppe im Bundestag zu einem Gespräch empfangen zu können. Ich möchte mich für den spannenden Austausch bedanken.



SPD AXEL ECHEVERRIA

„DIE RELATIVIERUNG DER NAZI-ZEIT UND DER SHOA SIND FÜR MICH UNERTRÄGLICH!“

Am 01. August habe ich die jüdische Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen besucht. Im Gespräch mit deren Vorsitzenden, Grigory Rabinovich, und Olga Isaak (Mitarbeiterin für Soziales) konnte ich mehrere spannende Themen erörtern.

In unserem Austausch ging es u.a. um den Missbrauch des Davidssterns in Form des „Judensterns“, wie er während der NS-Herrschaft von Jüdinnen und Juden getragen werden musste. Besonders auf den oft von Rechtsextremen unterwanderten, sogenannten „Coronademos“ wurde eine solche Variante mit der Aufschrift „ungeimpft“ getragen. Hier wird versucht, die Corona-Gesetzgebung mit dem Unrecht des Nationalsozialismus und sich selbst mit dessen Opfern gleichzusetzen. Diese Relativierung der Nazi-Zeit und der Shoa ist für mich unerträglich!

Eine Petition an den Deutschen Bundestag hat genau diese Thematik aufgegriffen und fordert, dass das Tragen eines solchen „Judensterns“ verboten wird. Herr Rabinovich und Frau Isaak stimmen mit mir darüber überein, dass an dieser Stelle gesetzgeberisch Handlungsbedarf besteht. Ich freue mich sehr, dass Herr Rabinovich als Mitglied des Zentralrats der Juden, dieses Thema auf dessen nächste Sitzung einbringen will.



Ein weiteres wichtiges Thema sind die Renten von jüdische Zuwanderer:innen. Viele von ihnen hatten trotz einer Erwerbstätigkeit nicht die Möglichkeit, hinreichend Rentenansprüche zu sammeln. Daher erhalten sie im Alter die Grundsicherung oder eine Rente, die knapp über dieser liegt. Hier sind über einen Härtefall-Fond Einmalzahlungen in Höhe von 2.500€ geplant.

Diese sind in meinen Augen jedoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Eine Möglichkeit hier für Abhilfe zu sorgen, ist die Aufnahme der jüdischen Zuwanderer:innen in das Fremdrentengesetz, sodass unter bestimmten Voraussetzungen ausländische („fremde“) Zeiten in der deutschen Rentenversicherung berücksichtigt werden

AXELS STANDPUNKT: KEINE KÜRZUNGEN BEI DER POLITISCHEN BILDUNG!



Die Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung sollen nach dem Haushaltsentwurf von Finanzminister Christian Lindner im kommenden Jahr um rund 20 Millionen auf 76 Millionen Euro gekürzt werden. Diesen Vorschlag halte ich nicht nur für falsch, sondern für fatal.

Die Aufgabe der Bundeszentrale ist es, das politische und demokratische Bewusstsein in der Bevölkerung zu fördern und zu festigen. Gerade in diesen Zeiten, in dem die rechtsextreme und von Faschisten bestimmte AfD in Umfragen eine enorme Zustimmung er-

fährt, wirken Kürzungen bei der politischen Bildung wie blanker Hohn.

Bei allem Verständnis sparen zu müssen, so darf hier nicht nach dem Rassenmählerprinzip gekürzt werden. Um es deutlich zu sagen: An Bildung sollte man nie sparen. Und an der Förderung und Festigung von Demokratie auch nicht.

Ich setze mich daher mit Nachdruck dafür ein, dass es hier nicht zu den geplanten Kürzungen kommt. Denn politische Bildung und unsere Demokratie brauchen keine Einsparungen, sondern im Gegenteil eher zusätzliche Mittel.



SPD AXEL ECHEVERRIA

KUNST UND NATUR IM MITTELPUNKT – AUSSTELLUNG VON HEIKE FISCHER

Mittlerweile hat es sich rumgesprochen, dass ich in meinem Wittener Wahlkreisbüro in der Bahnhofstraße lokalen Künstlerinnen und Künstlern die Ausstellung ihrer Werke ermöglichen. Statt leerer Wände und Schaukasten ist hier lokale Kunst zu sehen. Seit Mitte August stellt die Künstlerin Heike Fischer bei mir aus. Die aktuelle



Ausstellung von Heike Fischer umfasst Bilder und Skulpturen, die Kunst und Natur verbinden. Dabei stehen Tiere als dem Menschen verwandte Mitgeschöpfe im Mittelpunkt ihrer Werke. Die Freiheit im künstlerischen erlaube ihr unvoreingenommen zu arbeiten und befähige sie, tiefer als nur an der Oberfläche und am Sein der Geschöpfe teilzuhaben, so Heike Fischer. Das Tier verliere seine Bewertung durch den Menschen, verliere seine Vertrautheit und werde fremd, so dass es neu betrachtet werden könne.

Heike Fischer betreibt ein Atelier in Witten. Sie ist Mitglied im Wittener Künstlerbund. Die Ausstellung ist vom 14.08. bis zum 30.09.2023 während der Öffnungszeiten des Wahlkreisbüros zu sehen.



Ausstellung Heike Fischer
14.08. - 30.09.2023

Wahlkreisbüro Witten
Bahnhofstr. 12, 58452 Witten

MEIN TEAM UND ICH SIND FÜR EUCH ERREICHBAR

Berlin

Meine Mitarbeiter in Berlin (Joe de Haas und Paul Jäger) sind telefonisch unter 030/227 746 14 bzw. via E-Mail (axel.echeverria@bundestag.de) zu erreichen.



Witten

Das Wittener Büro (Bahnhofstr 12, 58452 Witten) ist in der Regel für Besucher:innen zu folgenden Zeiten geöffnet:

Montag: 10³⁰ – 15⁰⁰ Uhr | Dienstag: 10³⁰ – 17³⁰ Uhr | Mittwoch: 10³⁰ – 14³⁰ Uhr
Donnerstag: 10³⁰ – 18³⁰ Uhr | Freitag: 10³⁰ – 15⁰⁰ Uhr | Samstag: 10³⁰ – 14⁰⁰ Uhr

Sascha Roncevic: 0173 660 1134 - axel.echeverria.ma04@bundestag.de
Lara Quell: 0173 659 6246 - axel.echeverria.ma03@bundestag.de

Hattingen

Das Hattinger Büro (Bahnhofstr. 24, 45525 Hattingen) ist in der Regel für Besucher:innen zu folgenden Zeiten geöffnet:

Montag, Dienstag, Donnerstag & Freitag: 09⁰⁰ – 13⁰⁰ Uhr
(Eine vorherige Terminvereinbarung ist erwünscht.)

Melanie Witte-Lonsing: 02324 202824 - axel.echeverria.ma06@bundestag.de



Wetter und Herdecke

Neben meinen Büros in Witten und Hattingen könnt Ihr gerne auch einen Termin in den SPD-Büros in Wetter (Königsstraße 69a, 58300 Wetter) und Herdecke (Hauptstr. 44, 58313 Herdecke) vereinbaren.

Zur Terminabsprache wendet Euch einfach an Lara Quell, Sascha Roncevic oder Melanie Witte-Lonsing.